Inhaltsverzeichnis

Arbeitsmarkt	1
22.067 Ausländer- und Integrationsgesetz. Zulassungserleichterung für Ausländerinnen und Ausländer mit Schweizer Hochschulabschluss	1
22.4105 Mo. Atici. Den Fachkräftemangel mit allen mildern, die einen Abschluss in der höheren Berufsbildung haben	1
16.414 Pa. Iv. Graber. Teilflexibilisierung des Arbeitsgesetzes und Erhalt bewährter Arbeitszeitmodelle.....	2
18.455 Pa. Iv. Grossen. Selbstständigkeit ermöglichen, Parteiwillen berücksichtigen	2

Arbeitsmarkt

22.067 Ausländer- und Integrationsgesetz. Zulassungserleichterung für Ausländerinnen und Ausländer mit Schweizer Hochschulabschluss

Position Swico: Zustimmung

Wer einen Masterabschluss oder ein Doktorat in einem Bereich mit Fachkräftemangel erhält, soll in der Schweiz bleiben und arbeiten können, auch wenn er oder sie aus einem Drittstaat kommt. Swico begrüsst diese Zulassungserleichterung. Gerade die ICT ist in besonderem Masse vom Fachkräftemangel betroffen. In den letzten Jahren konnten jedoch nur wenige dieser Personen in der Schweiz bleiben. Die Schweiz finanziert somit die Ausbildung von Fachkräften, ohne dass der Schweizer Arbeitsmarkt davon profitieren kann. Der Nationalrat hat bereits eine Änderung beschlossen, wonach sämtliche Abschlüsse auf Tertiärstufe berücksichtigt werden sollen. Dies wird von Swico ebenso begrüsst.

Stand: Der Nationalrat hat das Geschäft in der Frühjahrsession mit oben genannter Änderung gutgeheissen. Ob der Ständerat sich im Detail mit dem Entwurf befassen wird, ist hingegen noch offen. Denn dessen vorbereitende Kommission hat Nichteintreten beantragt.

22.4105 Mo. Atici. Den Fachkräftemangel mit allen mildern, die einen Abschluss in der höheren Berufsbildung haben

Position Swico: Zustimmung

Es sollen Voraussetzungen geschaffen werden, damit Absolventen der höheren Berufsbildung und Schweizer Hochschulen in Branchen mit Fachkräftemangel in der Schweiz bleiben und arbeiten dürfen. Nach geltender Rechtslage müssen hochqualifizierte Spezialisten aus Drittstaaten das Land verlassen, wenn die Kontingente ausgeschöpft sind - auch wenn sie in der Schweiz den Abschluss erlangt haben. Swico begrüsst die Motion. Sie leistet einen Beitrag zur Erhaltung von Knowhow und Stärkung des Digitalstandortes Schweiz.

Stand: Der Nationalrat wird sich als Erstrat mit dem Geschäft befassen.

16.414 Pa. Iv. Graber. Teilflexibilisierung des Arbeitsgesetzes und Erhalt bewährter Arbeitszeitmodelle

Position Swico: Zustimmung

Nach sechs Jahren stop-and-go Politik ist Bewegung in das Thema Arbeitszeitflexibilisierung gekommen. Unter dem Schirm der Allianz Denkplatz Schweiz konnte für die ICT-Branche eine punktuelle Flexibilisierung der Arbeitsgesetzverordnung (ArgV2) erzielt werden. Konkret ist es Swico gelungen, zwei Punkte in die Arbeitsgesetzverordnung (ArgV2) für Betriebe der ICT Branche zu verankern: Einerseits kann der Zeitraum für Tages- und Abendarbeit ausnahmsweise auf maximal 17 Stunden erhöht werden. Andererseits kann die Ruhezeit ausnahmsweise unterbrochen werden wenn entweder eine internationale Zusammenarbeit oder dringliche und nicht voraussehende Arbeiten es erfordern.

Stand: Die PaIV Graber wird in dieser Session abgeschrieben. Swico wird sich weiterhin für die Flexibilisierung des Arbeitsgesetzes einsetzen.

18.455 Pa. Iv. Grossen. Selbstständigkeit ermöglichen, Parteiwillen berücksichtigen

Position Swico: Zustimmung

Vollzugsbehörden, und teilweise auch Gerichte, hindern zunehmend neue Geschäftsmodelle, indem sie Erwerbstätige als Angestellte klassifizieren, auch wenn alle Beteiligten sich einig sind, dass es sich um eine selbstständige Tätigkeit handelt. Dies beeinträchtigt sowohl die Schweizer Plattformökonomie als auch traditionelle Branchen. Es schränkt unternehmerische Tätigkeit und wirtschaftliche Entwicklung unnötig ein. Die vorliegende parlamentarische Initiative stellt eine sanfte Weiterentwicklung der bestehenden Rahmenbedingungen dar und schafft Rechtssicherheit für Teilnehmende der Plattformökonomie. Swico anerkennt die Risiken einer Weiterentwicklung. Jedoch ist die Beibehaltung der aktuellen Rechtslage mit grösseren Risiken verbunden.

Stand: Die Behandlung der 2018 eingereichten parlamentarischen Initiative wurde in den letzten Jahren mehrfach verschoben. In der Herbstsession 2022 hat der Nationalrat ihr Folge gegeben. Das Geschäft ist in der kommenden Session im Ständerat traktandiert.